



LebensWerte Kommune | Ausgabe 8 | 2021

Von Integration zur Weltoffenheit

Herausforderungen und Handlungsansätze in Kommunen



Inhalt

Einleitung	4
Von Aachen bis Zwickau: Weltoffene Kommunen auf dem Weg zu mehr Vielfalt, Toleranz und Zusammenhalt	4
Das Projekt ist auf drei Säulen aufgebaut	5
Von der Integration zur Weltoffenheit – eine kurze Zeitreise	6
Die Auswirkungen der Coronapandemie auf Schüler:innen mit Fluchtgeschichte	8
Barrieren für Geflüchtete im deutschen Bildungssystem	8
Verschärfung der Bildungsbenachteiligung von geflüchteten Schüler:innen durch Covid-19	9
I. Infrastruktur	9
II. Eingeschränkte Kompetenzen	10
III. Soziale Herausforderungen	11
Im Kontrast: Positive Entwicklungen	12
Handlungsempfehlungen	13
Literatur	14
Was ist eigentlich Weltoffenheit?	16
Selbstreflexion	16
Offener und wertschätzender Umgang	17
Gleiche Teilhabemöglichkeiten	17
Fazit	17
Dessau-Roßlau nimmt am Modellprojekt für Weltoffenheit und Vielfalt teil	18
Dessau-Roßlau – in der Tradition von Licht und Schatten	18
Herausforderung demographischer Wandel – Mission Zukunft	19
Chance Weltoffenheit	19
Weltoffenheit und Vielfalt sind wichtige Standortvorteile	20
Fazit	20
Mission	20
Ausblick	21
Impressum	22

Einleitung

Die erschreckenden Entwicklungen in Afghanistan und an der Grenze Polen-Belarus, Medienberichte über Anhäufungen von Rassismus und Rechtsextremismus und aktuelle Diskussionen rund um das Thema „Diversity“ sind nur wenige von unzähligen Beispielen, die die Wichtigkeit von erfolgreicher Integrations- und Vielfaltspolitik immer wieder unterstreichen.

Die Herausforderungen von Migrations- und Integrationspolitik sind vielseitig und fordern dementsprechend facettenreiche Lösungsansätze durch Regierung und Entscheidungsträger:innen. Doch wie auch immer diese Lösungsansätze auf Bundesebene gestaltet werden, der Blick sollte auch besonders auf die Arbeit in den Kommunen gerichtet werden. Denn auf kommunaler Ebene besteht am meisten Handlungspotenzial. Unzählige Kommunen arbeiten bereits pragmatisch an Lösungen für eine erfolgreiche Integrations- und Vielfaltspolitik. Das Modellprojekt WELTOFFENE KOMMUNE unterstützt diese auf ihrem Weg und versucht, die riesige Breite an Herausforderungen abzudecken.

Der Weg zur Weltoffenheit ist vielfältig. Einige der Herausforderungen und Lösungsansätze werden im Folgenden behandelt. Zunächst wird das Projekt WELTOFFENE KOMMUNE vorgestellt und ein Blick zurückgeworfen: Was hat sich in den letzten 20 Jahren in Hinblick auf Migrations- und Integrationspolitik in den Kommunen getan? Im Anschluss werden die Herausforderungen von Schüler:innen mit Fluchtgeschichte während der Coronapandemie und Handlungsempfehlungen zur Verringerung von Bildungsbenachteiligung diskutiert. Abschließend folgt das Good-Practice-Beispiel der Modellkommune Dessau-Roßlau, die sich im Rahmen des Modellprojekts WELTOFFENE KOMMUNE auf den Weg zu mehr Weltoffenheit gemacht hat.

Von Aachen bis Zwickau: Weltoffene Kommunen auf dem Weg zu mehr Vielfalt, Toleranz und Zusammenhalt

Seit dem Start des Projekts **„Weltoffene Kommune – Vom Dialog zum Zusammenhalt“** im Jahre 2019 wurden bundesweit 35 Kommunen auf dem Weg zu mehr Vielfalt und Weltoffenheit begleitet (siehe Abbildung 1). Zum Angebot für die Kommunen gehören Selbstchecks für die Standortbestimmung der bisherigen Integrationsarbeit, Dialogveranstaltungen mit den Bürger:innen vor Ort und Unterstützungsangebote für kommunale Entscheidungsträger:innen. Für den Wissenstransfer wurde die bundesweit einmalige Austausch- und Wissensplattform www.weltoffene-kommune.de aufgebaut.

Auf einer Wissensplattform besteht die Möglichkeit, den Selbstcheck-Fragebogen elektronisch auszufüllen und Good-Practice-Beispiele sowie Erfahrungen der Kommunen einzusehen:
www.weltoffene-kommune.de

Das Projekt wird von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, **Staatsministerin Annette Widmann-Mauz**, gefördert: „Unsere Städte und Gemeinden sind die Motoren der Integration. Bürgermeisterinnen und Landräte leisten einen enormen Beitrag und brauchen manchmal auch einen langen Atem und ein dickes Fell für ihre Arbeit. Ob städtisch und ländlich geprägt, in Ost oder West, mit langer oder kurzer Einwanderungsgeschichte: Das Projekt gibt den Kommunen die richtigen Werkzeuge an die Hand, um die Integrationsarbeit langfristig zu gestalten. Entstanden ist ein Deutschland-Netzwerk für Weltoffenheit, Vielfalt und Integration. Und es wächst jeden Tag.“

ABBILDUNG 1 Modellkommunen des Modellprojekts
WELTOFFENE KOMMUNE



Quelle: Eigene Darstellung

| BertelsmannStiftung

Farhad Dilmaghani vom gemeinnützigen Analyse- und Beratungshaus PHINEO führt aus: „Mit dem Projekt WELTOFFENE KOMMUNE haben wir gemeinsam mit unseren Partner:innen innovative Instrumente entwickelt und die Kommunen auf ihrem individuellen Weg zu mehr Weltoffenheit unterstützt. Neben verschiedenen Themenfeldern sind die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern wichtige Erfolgsfaktoren. Mehr Weltoffenheit verbessert das Miteinander in Vielfalt, stärkt die Zukunftsfähigkeit der Kommunen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land.“

Dr. Kirsten Witte, Programmdirektorin „Lebenswerte Kommune“ der Bertelsmann zieht ebenfalls eine positive Bilanz: „Weltoffenheit und Vielfalt bedeuten, den Dialog zwischen den verschiedenen Mitgliedern der Gesellschaft vor Ort zu führen. Die Dialogveranstaltungen des Modellprojekts wurden in vielen Kommunen als Auftakt für weiteren Austausch genutzt. Hier konnten neue Formate und Methoden erprobt und in die Praxis übernommen werden.“

Im Projekt „Weltoffene Kommune – Vom Dialog zum Zusammenhalt“, ins Leben gerufen von der PHINEO gAG und der Bertelsmann Stiftung und gefördert von der Staatsministerin und Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration, wurden Angebote für die Integrationsarbeit vor Ort entwickelt und bundesweit 35 Kommunen auf dem Weg zur Weltoffenheit begleitet.

Das Projekt ist auf drei Säulen aufgebaut

- 1) **Selbstchecks:** Mit Selbstchecks konnten Kommunen eine Standortbestimmung vornehmen und ihre eigenen Strukturen und Abläufe prüfen. Sie konnten feststellen, wo Weltoffenheit schon gelebte Normalität ist und wo nachgebessert werden sollte, beispielsweise bei interkultureller Öffnung, Integrationskonzepten oder der Zusammenarbeit vor Ort. Mit den Selbstchecks haben Kommunen auch nach Abschluss des Projekts ein Instrument an der Hand, das ihnen künftig Orientierung gibt, den Weg hin zu Weltoffenheit eigenständig zu gestalten.
- 2) **Dialogformate:** Weltoffenheit gelingt nur mit den Bürger:innen zusammen. Hierzu braucht es aktive Kommunen, die auf die Menschen vor Ort zugehen, die alle Menschen einbeziehen – ob jung oder alt, ob mit oder ohne Einwanderungsgeschichte. Deshalb waren Dialoge fester Bestandteil des Projekts.

ABBILDUNG 2 Das Modellprojekt WELTOFFENE KOMMUNE umfasst diese sieben Handlungsfelder



Quelle: Eigene Darstellung

| BertelsmannStiftung

- 3) **Stärkung kommunaler Entscheidungsträger:innen:** Eine Stadt oder eine Gemeinde zu leiten war schon immer eine große Herausforderung. Allerdings haben die Anfeindungen und Bedrohungen gegen Politiker:innen, die oftmals auch gegen die Familien und sogar die Kinder gerichtet sind, massiv zugenommen. Daher stand auch die Stärkung der kommunalen Spitzen im Fokus des Modellprojekts. Für sie wurden u. a. Unterstützungstools und Austauschformate entwickelt, um sie im Umgang mit Hass und Hetze und für ihre Arbeit und ihr Engagement für Weltoffenheit zu stärken.

Von der Integration zur Weltoffenheit – eine kurze Zeitreise

Was hat sich eigentlich in den letzten 20 Jahren auf dem Feld der Migrations- und Integrationspolitik in den Kommunen getan?

„Deutschland ist ein Einwanderungsland“, diese Erkenntnis ist heute eine Selbstverständlichkeit. Doch es brauchte erst die im Jahr 2000 einberufene „Unabhängige Kommission Zuwanderung“ unter Leitung von Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth, um diese Erkenntnis zur Jahrtausendwende zur neuen Grundlage der Integrationspolitik zu machen. Seit dem Bericht, den die sogenannte „Süßmuth-Kommission“ im Juli 2001 der Öffentlichkeit vorstellte, gehört das Thema Migration und Integration offiziell zu den Aufgaben der Kommunen – wenn auch als freiwillige Aufgabe, nicht als Pflichtaufgabe.

Neu war das Phänomen Einwanderung nach Deutschland nicht. Nach der Hugenotten-Einwanderung vor ca. 350 Jahren, den sogenannten „Ruhrpolen“, die vor ca. 150 Jahren ins Ruhrgebiet kamen, den elf bis 14 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ost-



| BertelsmannStiftung

Gefördert durch:



gebieten nach dem Zweiten Weltkrieg, nach der Zuwanderung der sogenannten „Gastarbeiter“ vor rund 50 bis 60 Jahren und den sogenannten „Spätaussiedlern“ aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten vor ca. 25 Jahren kamen 2015 und folgende rund eine Million Flüchtlinge aus Syrien und anderen Ländern nach Deutschland. Seitdem sind die Zahlen wieder gesunken. Doch Migration als Normalfall bleibt auf der Tagesordnung.

Migration wird sich weiter als Daueraufgabe etablieren. Die Kommunen haben in den letzten Jahrzehnten viele Wege und Strukturen entwickelt, um die Integration der jeweils neuen Eingewanderten zu fördern und das Zusammenleben in Vielfalt zu verbessern.

Vor allem seit dem Jahr 2001 setzte sich nach und nach die Erkenntnis durch, dass es nicht reicht, einmal im Jahr ein interkulturelles Fest durchzuführen, sondern dass es Ziele und konkrete Maßnahmen braucht, die von Kommunalverwaltungen in Zusammenarbeit mit Migrant:innen, mit Einrichtungen der Zivilgesellschaft und der Kommunalpolitik erarbeitet werden. Die meisten der großen Städte in Deutschland haben diese in einem – häufig partizipativ entwickelten – Integrationskonzept festgehalten. Auch die Einrichtung von Integrationszuständigkeiten (z. B. hauptamtliche Integrationsbeauftragte) ist inzwischen sehr verbreitet. Die Erkenntnis, dass die Beteiligung und Interessenvertretung der Menschen aus Einwanderungsfamilien relevant sind, hat sich ebenfalls verbreitet – die Formen dafür sind unterschiedlich. Nicht selten wurde zu diesem Zweck ein Integrationsbeirat eingerichtet. Eine Reihe von Kommunen hält die jeweilige Entwicklung der Teilhabemöglichkeiten von Menschen aus Einwanderungsfamilien mit konkreten Zahlen in einem Monitoring fest.

Doch es gab noch einen Paradigmenwechsel: Das alte Verständnis von „Mehrheitsgesellschaft“ und „Minderheit“ der Eingewanderten, die es zu integrieren gilt, bröckelt. Denn viele von ihnen gehören inzwischen selbst zu dieser „Mehrheitsge-

sellschaft“, wenn beispielsweise als sogenannte „Gastarbeiter“ vor über 50 Jahren eingewandert sind, Kinder und Enkelkinder haben, wenn sie als „Spätaussiedler“ in den 90er Jahren nach Deutschland kamen oder wenn in Köln oder Stuttgart rund die Hälfte der Kinder einen sogenannten „Migrationshintergrund“ haben, also mindestens ein Elternteil – nach 1950 – aus dem Ausland zugewandert ist. Auch wird mehr und mehr deutlich, dass die aus Türkei stämmige Architektin zweiter Generation mit dem Architekten ohne sogenannten „Migrationshintergrund“ mehr gemeinsame Erfahrungen teilt als mit dem Geflüchteten, der erst vor fünf Jahren aus Syrien nach Deutschland gekommen ist. Migrant:in ist nicht Migrant:in, diese Binsenweisheit muss erst noch weiterverbreitet werden, so scheint es.

Das Bild der Vielfalt der Gesellschaft, die sich aus vielen Individuen unterschiedlicher Identitäten zusammensetzt, löst erst allmählich das Bild der Eingliederung einer „Minderheit“ in die „Mehrheitsgesellschaft“ ab. Eine Vielfalt, deren Zusammenleben und Zusammenhalt zu gestalten ist. Eine Gesellschaft in Vielfalt, die Gemeinsamkeiten hat, die Unterschiede aushält, die einen inklusiven Anspruch hat, die offen ist für Neues und offen ist für die Welt – eine „weltoffene“ Gesellschaft eben. Wo könnte dies besser gestaltet werden als vor Ort, also in den Kommunen? In den Städten, Stadtvierteln, in den Gemeinden und Kreisen? In den Kommunen können Sprachbarrieren abgebaut werden, in den Kommunen können ehrenamtliche und hauptamtliche Lots:innen Türen öffnen, in den Kommunen können die Chancen genutzt werden, die die neu Zugewanderten für Arbeitsplatz und Sportverein mitbringen. Und in den Kommunen können Ängste und Ressentiments durch Begegnung und Dialog abgebaut werden. Je früher, desto besser, und das in zweifacher Hinsicht: Wenn bei Geflüchteten erst auf die Klärung ihres Aufenthaltsstatus gewartet wird, was nicht selten Monate oder Jahre dauert, geht wertvolle Zeit verloren. Und wer bereits bei Kindern in gleiche Teilhabechancen investiert, hat später viel gewonnen.

Die Auswirkungen der Coronapandemie auf Schüler:innen mit Fluchtgeschichte

Von den Konsequenzen der Coronapandemie und den daraus folgenden Schulschließungen sind alle Schüler:innen in Deutschland betroffen, doch nicht alle gleichermaßen. Anette Widmann-Mauz, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, stellt fest: „Familien mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte sind von den Auswirkungen der Corona-Pandemie besonders betroffen“ (MiGAZIN 2021).

Bereits vor der Covid-19-Pandemie gab es unzählige Barrieren für Schüler:innen mit Fluchtgeschichte im deutschen Bildungssystem. Doch die Auswirkungen der Coronapandemie haben die Bildungsbenachteiligung von geflüchteten Kindern weiter verschärft. Es stellt sich die Frage, ob geflüchtete Schüler:innen überhaupt die Möglichkeit hatten, erfolgreich am digitalen Unterricht teilzunehmen, und vor allem, welche Aspekte die (digitale) Ungleichheit weiter verstärken.

Barrieren für Geflüchtete im deutschen Bildungssystem

Bereits vor Beginn der Coronapandemie litten viele Geflüchtete unter schwierigen und unsicheren Wohnsituationen. Aufgrund von fehlender Privatsphäre, schlechter Beleuchtung, mangelhaften Sanitäreinrichtungen und zu wenigen Spielorten stuft die Organisation Save the Children Deutschland die Wohnsituation in den Unterkünften als teilweise nicht kindeskonform ein (Rude 2020).

Geflüchtete Schüler:innen haben oft schlechtere Voraussetzungen für den Bildungserfolg, u. a. geschuldet durch Rassismus, Traumata, Stereotypisierung durch Lehrer:innen und ein unzureichendes Verständnis des Bildungssystems aufseiten der Eltern (Graham, Minhas und Paxton 2016). Auch außerschulische Faktoren beeinträchtigen den Lernerfolg von jungen Geflüchteten indirekt. Ein Beispiel dafür ist, dass Migrant:innen und Flüchtlinge oft ein höheres Krankheitsrisiko als die einheimische Bevölkerung in den Aufnahmeländern haben, geschuldet durch die Wohnsituation und erschwerten Zugang zur Krankenversorgung und Versicherungen (Weltgesundheitsorganisation 2019).

Neben individuellen Problemen gibt es auch einige strukturelle Hürden, die den Zugang zur Bildung für Geflüchtete erschweren (Abbildung 3). In den meisten Bundesländern ist die Schulpflicht an die Zuweisung zu einer Kommune gebunden, was oft dazu führt, dass junge Geflüchtete wegen langer Wartezeiten vorübergehend von der Schulpflicht ausgeschlossen werden (Kollender 2020).

ABBILDUNG 3 **Zusätzliche Bildungsnachteile für Geflüchtete im deutschen Bildungssystem seit Covid-19**

Infrastruktur		Eingeschränkte Kompetenzen		Soziale Herausforderungen	
Fehlender technischer Zugang und Ausstattung	Unsichere und nicht kindkonforme Wohnsituation	Eingeschränkte Sprachkenntnisse	Begrenzte Mediennutzungserfahrungen	Unzureichende Unterstützungsstrukturen	Psychische Belastungen und Ungewissheit

Quelle: Hüttmann, Fujii und Kutscher 2020: 21

Ein langer Weg: Die Geschichte von Mariam

Als Mariam und ihre Familie vor über fünfzehn Jahren aus dem Irak nach Deutschland flohen, hatten sie keinen leichten Start. Fast sieben Jahre wartete die sechsköpfige Familie auf Asyl und zog von einer Aufnahmeeinrichtung in die nächste. Zugang zu Arbeit, Bildung oder der deutschen Sprache und Kultur hatten sie nicht. Für Mariam zählen diese sieben Jahre nicht zu ihrer Zeit in Deutschland: „Ich habe zwar in Deutschland gelebt, aber nichts davon mitbekommen.“

Erst als Deutschland Christen aus dem Irak als religionsverfolgte Minderheit anerkannt hat, bekam Mariam Asyl und somit auch Zugang zum deutschen Bildungssystem. Doch auch der Start in der Schule war nicht immer einfach. Es gab kaum andere Schüler:innen, deren Muttersprache nicht Deutsch war, und die meisten Kinder mit Migrationshintergrund waren schon seit zwei oder mehr Generationen in Deutschland. „Als ich damals in die Schule kam, war ich wie ein bunter Paradiesvogel. Ich fiel immer auf und bekam Aufmerksamkeit, die ich gar nicht wollte“, erzählt Mariam. Diese Aufmerksamkeit kam oft durch sprachliche und kulturelle Missverständnisse, welche nicht selten auf fehlendes Verständnis und wenig Hilfsbereitschaft der Lehrer:innen trafen. Mariam glaubt heute, dass

ihre Lehrer:innen damals schlichtweg mit der Situation überfordert waren und wenig Erfahrungen mit Schüler:innen aus nichteuropäischen Kulturen und Sprachen gemacht hatten.

Das ist heute nicht mehr der Fall. Die kulturelle Vielfalt in Schulen ist deutlich gestiegen und Pädagog:innen und Mitschüler:innen sind vertrauter mit Migrant:innen und Geflüchteten – u. a. aufgrund der vielen Geflüchteten, die in den letzten Jahren nach Deutschland gekommen sind. Auch wenn sie noch viel Verbesserungspotenzial und Handlungsbedarfe sieht, ist Mariam hoffnungsvoll: „Wenn ich heute in eine Grundschulklasse gehe, sehe ich, wie viel sich verändert hat. Es sind nicht nur mehr Kinder anderer Herkunft in den Klassen, auch die Lehrinhalte sind vielfältiger geworden. Es fängt schon damit an, dass in den Büchern, die gelesen werden, die Personen nicht nur deutsche Vornamen haben und in den Klassen auch Bräuche und Feste anderer Kulturen behandelt und gefeiert werden.“



Verschärfung der Bildungsbenachteiligung von geflüchteten Schüler:innen durch Covid-19

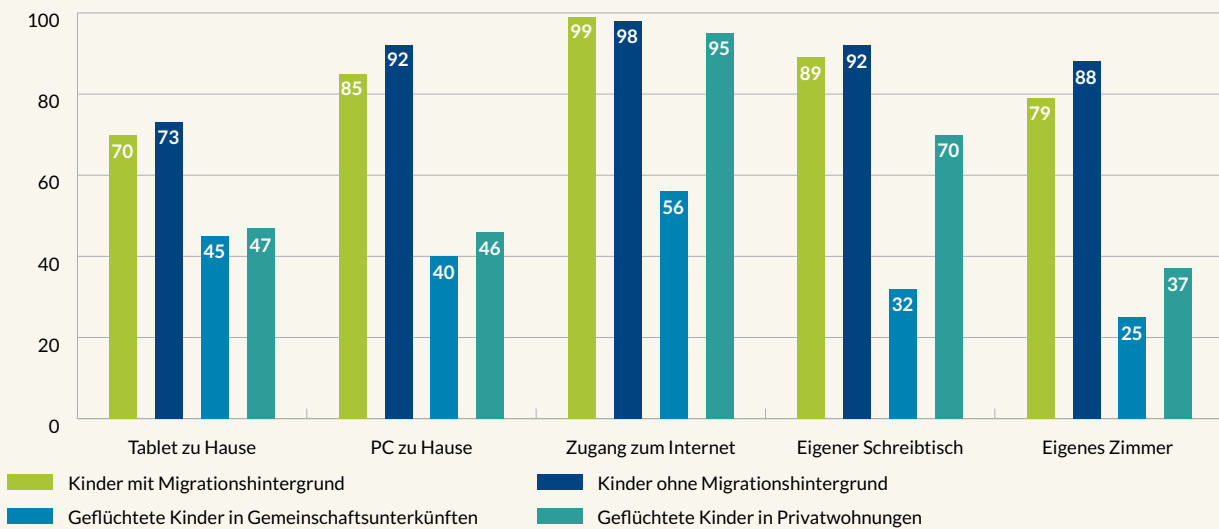
Studien zeigen, dass sich bereits bestehende soziale Ungleichheiten im Digitalen fortsetzen. Dies konnte auch während der Coronapandemie beobachtet werden (Bendel, Bekyol und Leisenheimer 2021). Geflüchtete Schüler:innen, die ohnehin im Bildungssystem benachteiligt sind, konnten aufgrund der Schulschließungen gar nicht oder nur stark eingeschränkt am Unterricht teilnehmen.

I. Infrastruktur

Fehlender technischer Zugang und Ausstattung

Um an digitaler Bildung erfolgreich teilzunehmen, benötigen die Schüler:innen technische Geräte, wie Computer oder Tablets, und eine stabile Internetverbindung. Geflüchtete Jugendliche erfüllen diese Voraussetzungen oft nicht (GEW 2020). Studien zeigen, dass Kinder mit Fluchtgeschichte eine deutlich geringere Lernausstattung haben als andere Kinder, egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund (siehe Abbildung 4). Weniger als die Hälfte aller Kinder mit Fluchtge-

ABBILDUNG 4 Lernausstattung von Kindern (11–17 Jahre) mit und ohne Migrationshintergrund



Quelle: Rude 2020: 49

BertelsmannStiftung

schichte hat zu Hause Zugang zu einem PC oder einem Tablet. Während Kinder in Privatunterkünften meist Zugang zum Internet und öfters auch einen eigenen Schreibtisch haben, haben nur 56 Prozent der Kinder in Gemeinschaftsunterkünften Zugang zum Internet und nur 32 Prozent einen eigenen Schreibtisch. Ein eigenes Zimmer haben geflüchtete Kinder, egal ob in Gemeinschafts- oder Privatunterkünften, nur selten (Rude 2020).

Aufgrund der fehlenden technischen Ausstattung blieb vielen Kindern mit Fluchtgeschichte nichts anderes übrig, als mit ihrem Smartphone am Unterricht teilzunehmen und Aufgaben zu bearbeiten. Doch nicht nur der viel zu kleine Bildschirm, fehlende Software und keine Möglichkeit zu drucken schränken diese Schüler:innen von der erfolgreichen Teilnahme am Unterricht ein (Hüttmann, Fujii und Kutscher 2020). Da viele Gemeinschaftsunterkünfte keinen Internetzugang haben, sind die Schüler:innen auf ihr mobiles Datenvolumen angewiesen, das schnell verbraucht oder gedrosselt wird und Kosten verursacht. So kam es nicht selten vor, dass Schüler:innen Orte mit öffentlichem WLAN aufsuchten, um am Unter-

richt teilzunehmen. Lehrer:innen berichten von Jugendlichen, die sich während des Unterrichts in Bus oder Bahn setzen oder auf Plätzen und in Parks das kostenfreie WLAN nutzen, teils bei eisenen Wintertemperaturen.

Viele Schüler:innen mit Fluchtgeschichte hoffen deshalb seit Beginn der Pandemie auf finanzielle und materielle Unterstützung. Doch Anträge auf Finanzhilfen, Einrichtung einer funktionierenden Internetverbindung oder technische Endgeräte werden nur langsam, wenn überhaupt, bewilligt (Baas 2021).

II. Eingeschränkte Kompetenzen

Eingeschränkte Sprachkenntnisse

Der Erwerb der deutschen Sprache ist für junge Geflüchtete der wichtigste Baustein für eine erfolgreiche Bildung und vor allem eine gelungene soziale Integration. Doch mit Beginn der Schulschließungen und sozialen Isolierung wurde dieser immer langsamer oder sogar rückschrittlich (Bendel, Bekyol und Leisenheimer 2021).

Dass dies ein akutes Problem für die Teilnahme am Onlineunterricht ist, dürfte niemanden überraschen. Doch zu Beginn der Pandemie gab es viel bedeutendere Schwierigkeiten für Menschen mit wenig oder sogar keinen Deutschkenntnissen. Informationen über neue Entwicklungen des Virus sowie Einschränkungen und Regeln für die Bevölkerung gab es kaum in einfacher Sprache. Die ungewissen Folgen und die Bedeutung des Lock-downs für Behördengänge, Asylaufgaben oder auch Arztbesuche verursachten besonders bei jungen Geflüchteten große Angst und Ungewissheit.

Die Förderung des Spracherwerbs ist eine der wichtigsten Aufgaben der Schule. Auch vor der Pandemie brauchten Schüler:innen mit Fluchtgeschichte eine enge Betreuung und viel sprachliche Unterstützung und Erklärung beim Bearbeiten von Aufgaben. Diese Betreuung und ausführliche Erläuterung von Aufgaben entfallen seit Beginn der Pandemie fast komplett. Da die meisten Eltern und anderen Familienangehörigen der Jugendlichen ebenfalls unzureichende Deutschkenntnisse haben, bleibt auch die private Unterstützung bei den Hausaufgaben aus (a. a. O.).

Der eingeschränkte Kontakt zu Lehrer:innen und oft komplett ausbleibende Kontakt zu deutschsprachigen Mitschüler:innen erschwert nicht nur den Spracherwerb, sondern verwirft auch oft bereits gemachte Fortschritte der Kinder und Jugendlichen. Da zu Hause fast nur in der jeweiligen Muttersprache gesprochen wird, verlieren viele Schüler:innen den Zugang und die Motivation, die deutsche Sprache zu lernen (GEW 2020).

Begrenzte Mediennutzungserfahrung

Selbst bei Schüler:innen, die die technischen Voraussetzungen erfüllen, gibt es einige Probleme, die den Lernerfolg der digitalen Bildung einschränken. Studien zeigen, dass die Medienkompetenzen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund deutlich geringer sind als die von in Deutschland aufgewachsenen Schüler:innen. Besonders bei solchen, die im Jugendalter mit ihren Eltern nach Deutschland gekommen sind,

wurden deutlich eingeschränkte computer- und informationsbezogene Kompetenzen festgestellt (Hüttmann, Fujii und Kutscher 2020).

III. Soziale Herausforderungen

Unzureichende Unterstützungsstrukturen

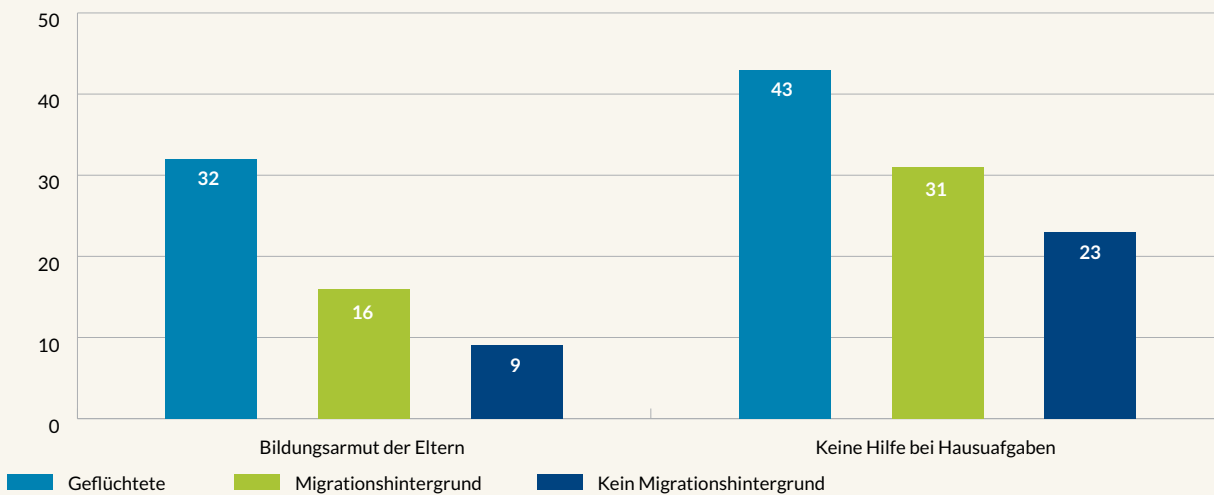
Wie in Abbildung 5 dargestellt, haben nicht wenige der geflüchteten Kinder und Jugendlichen Eltern mit niedrigem Bildungsniveau. Neben der Bildungsarmut ist auch der langsame oder auch nicht vorhandene Erwerb der deutschen Sprache ein Problem in vielen Familien. Dies führt dazu, dass fast die Hälfte der geflüchteten Schüler:innen keine Hilfe bei den Hausaufgaben von den Eltern bekommt. Auch ehrenamtliche Unterstützungsangebote wurden während der Pandemie stark eingeschränkt (GEW 2020). Besonders bei jungen Schüler:innen ist die fehlende Hausaufgabenhilfe ein Problem, das den Lernerfolg drastisch einschränkt.

Doch die Problematik eines unzureichenden personellen Unterstützungssystems bezieht sich nicht nur auf die fehlenden ehrenamtlichen Angebote und Kompetenzen der Eltern, ihren Kindern bei den Hausaufgaben zu helfen. Für viele Geflüchtete sind Pädagog:innen und Schule allgemein ein Zufluchtsort und eine Problementlastung. Die schulischen Strukturen bieten ein Zugehörigkeitsgefühl und einen Ort, um gemeinsam Lösungen für die Probleme der Schüler:innen zu besprechen. Besonders für unbegleitete Minderjährige und alleinstehende volljährige Schüler:innen führen die fehlende ehrenamtliche Betreuung und Unterstützung und die ausbleibenden sozialen Kontakte zu weniger Lernmotivation und -erfolg (a. a. O.).

Psychische Belastungen und Ungewissheit

Eine Studie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (UKE) stellt fest, dass Kinder zwischen elf und 17 Jahren einen verschlechterten Gesundheitszustand durch die Pandemie erleiden.

ABBILDUNG 5 **Bildungsarmut der Eltern und Hausaufgabenunterstützung durch die Eltern**



Quelle: Rude 2020: 50

BertelsmannStiftung

71 Prozent dieser Kinder klagten über ein geringes psychisches Wohlbefinden. Während es vor der Pandemie 18 Prozent waren, gaben nun 31 Prozent an, unter psychischen und psychosomatischen Problemen zu leiden (Rude 2020). Solche Probleme können besonders für Geflüchtete deutlich verstärkt sein.

Geflüchtete Kinder und Jugendliche haben häufig traumatische Erfahrungen vor, während und nach ihrer Flucht erlebt – ob Krieg und Gewalt im Herkunftsland, Extremsituationen während der Flucht oder Rassismus und Ausgrenzung im Ankunftsland (a. a. O.). Diese negativen Erlebnisse werden bei vielen durch die Pandemie wieder ausgelöst und verstärken dadurch mentale Probleme (Rees und Fisher 2020).

Durch die Schulschließungen und Social Distancing berichten besonders Jugendliche mit Fluchterfahrung von starken Gefühlen der Strukturlosigkeit und des Alleinseins. Dies gilt besonders für Kinder und Jugendliche, die alleine geflohen sind und oft keine familiäre Anbindung in Deutschland haben. Michael Schütz, Sozialarbeiter an der SchlaU-Schule München, berichtet, dass Erzählungen von Alkohol- oder Drogenmissbrauch

durch die Schüler:innen seit den Schulschließungen deutlich gestiegen seien.

Während niemand wusste, wie es genau mit der Schulbildung weitergehen würde, hatten viele der Geflüchteten Angst, erforderliche Behördengänge nicht organisieren zu können, waren unsicher, was den Umgang mit ihren Asylaufgaben angeht, und waren in Sorge vor einer Abschiebung. Hinzu kam oft große Angst vor einer Ansteckung der eigenen Person und anderer Familienmitglieder mit Corona. Durch enge und teils unhygienische Wohnsituationen wurde diese Angst weiter verstärkt

Im Kontrast: Positive Entwicklungen

Trotz der Verstärkung der Bildungsbenachteiligung und dem weitgehenden Wegfall ehrenamtlicher Unterstützung gab es im fortschreitenden Verlauf der Pandemie auch zahlreiche Beispiele großen Engagements sowohl in Schule als auch aufseiten der Jugendhilfe. Davon profitierten auch Schüler:innen mit Fluchtgeschichte. Jugendhilfeträger verschickten Päckchen mit Spielmaterial, verliehen Schulmaterial, organisierten Hausbesu-

che oder versuchten, telefonisch Kontakt zu Kindern und Familien aufzunehmen, zu denen bereits vorher enger Kontakt bestand. Auch wurden kostenloser Druckservice eingerichtet, neue Informationen und jeweils geltende Regeln in einfacher Sprache vermittelt und junge Geflüchtete teilweise weiterhin zu Behördengängen und Arztterminen begleitet. Die Aufzählung der Beispiele ließe sich noch fortsetzen.

Auch Rama, eine syrische Schülerin, die seit fünf Jahren in Deutschland ist, erzählt, dass es zwar oft schwierig und beängstigend gewesen sei, doch vieles während der Schulschließungen auch gut gelaufen sei. Sie berichtet, dass sie während der Pandemie viel Hilfe und Unterstützung bekommen habe. Ehrenamtliche hätten ihr geholfen, einen Laptop zu besorgen, und viele Lehrer:innen seien sehr bemüht gewesen, Aufgaben und Informationen in einfacher Sprache und mit Hilfestellungen zu geben. Durch die große Hilfsbereitschaft hatte Rama weniger Ängste, in der Schule nicht mitzukommen. Sie schildert, dass die Angst vor Ansteckung und Quarantäne viel größer sei, da sie so noch mehr Unterricht verpassen würde.

Solche Beispiele stimmen hoffnungsvoll. Zugleich bleibt festzustellen, dass die Bildungsbenachteiligung von Schüler:innen mit Fluchtgeschichte während der Pandemie zugenommen hat und weder die Infrastruktur der Schulen noch die der Jugendhilfe dem Auseinanderdriften von Bildungschancen strukturell etwas entgegenzusetzen konnte. Es braucht aber strukturelle Antworten, wie in einigen Bundesländern, die Maßnahmen konzipiert haben, um den Zugang zu Bildung für junge Geflüchtete zu erleichtern. Beispielsweise wird seit August 2020 in Nordrhein-Westfalen der Anspruch auf Schulpflicht für junge Geflüchtete in zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) gesetzlich geregelt. In den ZUEs wird allen schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen ein schulnahes Bildungsangebot mit den Schwerpunkten Spracherwerb und Alphabetisierung gemacht (Ministerium für Schule und Bildung des Landes NRW 2020).

Trotz positiver Erfahrungen und Entwicklungen, ist festzustellen, dass Schüler:innen mit Fluchtgeschichte unter einer verstärkten Bildungsbenachteiligung während Corona gelitten haben.

Handlungsempfehlungen

1. Recht auf Internet: Einrichtung von WLAN in allen Flüchtlingsunterkünften sowie Bereitstellung technischer Ausstattung

Die Einrichtung von zugangsfreien Internetanschlüssen in allen Flüchtlingsunterkünften ist nicht nur für die Teilnahme am Unterricht und das Bearbeiten von Aufgaben essenziell. Auch die Kommunikation zwischen Schüler:innen, Eltern und Schule und der Zugang zu Informationen (schulisch und außerschulisch) ist grundlegend für die Lernerfolge und langfristig für die erfolgreiche Integration der Kinder und Jugendlichen (Kölner Flüchtlingsrat e. V. 2020).

Bei einer Umstellung zu digitalem Lernen muss allen Schüler:innen, unabhängig von der Schulform und ohne langwierige Bürokratieverfahren, der Zugang zu der technisch notwendigen Ausstattung möglich sein. Darunter fallen die Einrichtung von Internetzugängen und die (finanzielle) Unterstützung zum Erwerb/Leihen von technischen Endgeräten (GEW 2020; Rude 2020; Bitkom e. V. 2018).

2. Verbesserung der Wohnsituation von Geflüchteten

Die Verbesserung der Wohnsituation von Schüler:innen mit Fluchtgeschichte ist essenziell, um den Lernerfolg zu erhöhen. Nicht ausschließlich, aber besonders während des digitalen Lernens sind ein Schreibtisch und genügend Privatsphäre nötig, um erfolgreich am Unterricht teilzunehmen und Hausaufgaben zu bearbeiten. Außerdem sollte die Wohnsituation, besonders in Gemeinschaftsunterkünften, kindeskonformer gestaltet werden. Unterkünfte müssen so ausgestattet werden, dass nicht nur schulische Voraussetzungen (Schreibtische, WLAN etc.) erfüllt, son-

dem auch Hygienestandards eingehalten werden (dies ist besonders essenziell während der Coronapandemie).

3. Unterstützung der Lehrkräfte bei der Schaffung digitaler Angebote, angepasst auf die Bedarfe von Schüler:innen mit Fluchtgeschichte

Da auch nach den Schulschließungen und verpflichtendem Onlineunterricht digitales Lernen eine immer größere Rolle spielen wird, ist die richtige Fortbildung von Lehrkräften von besonderer Bedeutung. Für das in Zukunft immer wichtigere digitale Lernen müssen Bildungskonzepte angepasst werden. Notwendig ist daher die Schaffung von Förder- und Lernangeboten, besonders in Willkommens- und Vorbereitungsklassen, um das digitale Lernen zu fördern und den Übergang in Regelklassen zu erleichtern (Bildungsgewerkschaft 2020). Außerdem muss es eine bessere individuelle Unterstützung der Schüler:innen geben. Dies kann z. B. durch multiprofessionelle Teams, bestehend aus Lehrer:innen, Sozialarbeiter:innen und Pädagog:innen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte, geschehen. Programme, die Lehrkräften mit Fluchtgeschichte den Einstieg in das deutsche Bildungssystem ermöglichen, gibt es bereits. Ein Beispiel ist das Projekt Lehrkräfte PLUS, welches von der Bertelsmann Stiftung und der Stiftung Mercator in Kooperation mit den Universitäten Bielefeld und Duisburg-Essen begleitet wird (Lehrkräfte Plus 2021).

4. Verbesserung der Abstimmung zwischen Kinder- und Jugendhilfe und Schule

Eine enge Zusammenarbeit von Kinder- und Jugendhilfe und Schule ermöglicht eine bessere Bearbeitung von Problemen in beide Richtungen. Zum einen können die individuellen Bedarfe der Schüler:innen mit der Schule besprochen und so besser behandelt werden. Zum anderen können schulische Herausforderungen sozialpädagogisch besser begleitet und behoben werden (Hüttmann, Fujii und Kutscher 2020). Das Institut für soziale Arbeit e. V. unterstreicht die Wichtig-

keit von funktionierenden Kooperationsprozessen zwischen Jugendhilfe und Schule und unterstützt die Umsetzung in Ganztagschulen (ISA 2019). Die Erfahrungen und Kompetenzen sollten auf andere Schulformen und die spezifischen Bedarfe von Schüler:innen mit Fluchtgeschichte übertragen werden.

Literatur

- Baas, Dirk (2021). „Corona-Nachholpaket – Warten und Hoffen auf Zuschüsse“. MiGAZIN. https://www.migazin.de/2021/06/08/corona-nachholpaket-warten-hoffen-zuschuesse/?utm_source=mailpoet&utm_medium=email&utm_campaign=MIGLETTER.
- Bendel, Petra, Yasemin Bekyol und Marlene Leisenheimer (2021). Auswirkungen und Szenarien für Migration und Integration während und nach der COVID-19 Pandemie. Erlangen. https://www.covid-integration.fau.de/files/2021/04/studie_covid19-integration_fau.pdf.
- Bertelsmann Stiftung (2019). „Kommunale Daten für innovative Zukunft“. Wegweiser Kommune. <https://www.wegweiser-kommune.de/>.
- Bitkom e. V. (2018). „Digitale Bildung – Handlungsempfehlungen für den Bildungsstandort Deutschland“. <https://www.bitkom.org/Bitkom/Publikationen/Digitale-Bildung-Handlungsempfehlungen-fuer-den-Bildungsstandort-Deutschland-2.html>.
- GEW – Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (2020). „Wie die Coronapandemie die Bildungschancen Geflüchteter verschlechtert“. <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/wie-die-pandemie-die-bildungschancen-gefluechteter-kinder-und-jugendlicher-verschlechtert/>.
- Graham, Hamish R., Ripudaman S. Minhas und Georgia Paxton (2016). „Learning Problems in Children of Refugee Background: A Systematic Review“. PEDIATRICS, (137) 6. <https://doi.org/10.1542/peds.2015-3994>.

- Hüttmann, Jana, Michi S. Fujii und Nadja Kutscher (2020). „Teilhaben?! Bildungsbezogene Herausforderungen für geflüchtete Jugendliche in Zeiten der COVID-19-Pandemie“. *Medienimpulse* (58) 2.1-30. <https://doi.org/10.21243/mi-02-20-17>.
- ISA – Institut für soziale Arbeit e. V. (2019). „Jugendhilfe und Schule“. ISA Münster. <https://isa-muenster.de/arbeitsbereiche/jugendhilfe-und-schule/>.
- Kollender, Ellen (2020). „Bildung für alle – oder nur für einige? COVID-19 und Diskriminierung von ‚geflüchteten Kindern‘ im deutschen Bildungssystem“. *Fluchtforschung Netzwerk Fluchtforschung*. <https://blog.fluchtforschung.net/bildung-fur-alle-oder-nur-fur-einige/>.
- Kölner Flüchtlingsrat e. V. (2020). „Home-learning verstärkt Bildungsbenachteiligung von Flüchtlingskindern“. Pressemitteilung. 16.4.2020. https://koelner-fluechtlingsrat.de/download/2020-04-16PM_Homelearning_WLAN.pdf.
- Lehrkräfte Plus (2021). „Lehrkräfte PLUS: Der berufliche Wiedereinstieg für Lehrkräfte mit Fluchthintergrund“. <https://lehrkraefteplus-nrw.de/>.
- MiGAZIN. (2021). „Corona-Folgen: Integrationsministerin fordert mehr Förderung für Einwandererkinder“. 6.7.2021. <https://www.migazin.de/2021/06/07/corona-folgen-integrationsstaatsministerin-foerderung-einwandererkinder/>.
- Ministerium für Schule und Bildung des Landes NRW (2020). „Schulnahe Bildungsangebote in den Zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) in Nordrhein-Westfalen“. BASS 2021/2022 – 13-63. <https://bass.schul-welt.de/19250.htm>.
- Rees, Susan, und Jane Fisher (2020). „COVID-19 and the Mental Health of People From Refugee Backgrounds“. *International Journal of Health Services* (50) 4. 415-417. <https://doi.org/10.1177/0020731420942475>.
- Rude, Britta (2020). „Geflüchtete Kinder und Covid-19: Corona als Brennglas vorhandener Problematiken“. *ifo Schnelldienst* 73, Nr. 12. 46-57. <https://www.ifo.de/publikationen/2020/aufsatz-zeitschrift/gefluechtete-kinder-und-covid-19-corona-als-brennglas>.
- Weltgesundheitsorganisation (2019). „Erster Bericht der WHO über die Gesundheit vertriebener Personen in der Europäischen Region verdeutlicht: Migranten und Flüchtlinge tragen höheres Krankheitsrisiko als Bevölkerung der Aufnahmeländer“. *Weltgesundheitsorganisation Regionalbüro für Europa*, 21. Januar. <https://www.euro.who.int/de/media-centre/sections/press-releases/2019/migrants-and-refugees-at-higher-risk-of-developing-ill-health-than-host-populations-reveals-first-ever-who-report-on-the-health-of-displaced-people-in-europe>.

Was ist eigentlich Weltoffenheit?

Der Titel unseres Modellprojekts lautet „Weltoffene Kommune – Vom Dialog zum Zusammenhalt“. Aber was genau bedeutet eigentlich Weltoffenheit?

Der Begriff stammt ursprünglich aus der Philosophie, ist aber längst in der Alltagssprache angekommen. Unterwegs hat sich auch seine Bedeutung gewandelt. Heute beschreibt Weltoffenheit eine Haltung. Sozusagen die Haltung, der Welt gegenüber und all der Menschen und Dinge, die in ihr sind, offen zu sein. Im Rahmen des Modellprojekts haben wir den Begriff nochmal genau „unter die Lupe genommen“. Wir definieren Weltoffenheit als Wertschätzung für Vielfalt, für eine diverse Gesellschaft. Dies beinhaltet Selbstreflexion, den offenen und respektvollen Umgang miteinander sowie das Ziel der gleichen gesellschaftlichen Teilhabe aller. Diese Haltung können Einzelpersonen, aber auch Organisationen und Institutionen, also die ganze Kommune, annehmen, die mit ihren Organisationsstrukturen, den niedergeschriebenen und unausgesprochenen Regeln und ihrem Verhalten Weltoffenheit mit Leben füllen.

Selbstreflexion

Die Reflexion über eigene Einstellungen, Gedanken und Verhaltensmuster kann als Grundlage einer weltoffenen Haltung verstanden werden. Als Einzelperson kann ich meine bewussten und vielleicht auch bislang unbewussten Vorurteile reflektieren: Denke ich in bestimmten Klischees über eine Gruppe? Treffe ich pauschalisierende Annahmen? Warum ist es mir wichtig, die Herkunft meiner Gesprächspartner:innen oder ihrer Eltern zu kennen? Um das Reflektieren nochmal ganz deutlich zu machen, lohnt sich der Blick auf folgende Anekdote: Ein Verwaltungsmitarbeiter mit sichtbarer Einwanderungsge-

schichte ist auf dem Weg in sein Büro im dritten Stock des Rathauses. Ein anderer Verwaltungsangestellter sieht ihn und bittet ihn, wieder runter ins Erdgeschoss zu gehen, die oberen Etagen seien für Publikumsverkehr geschlossen. Ihm war nicht in den Sinn gekommen, dass sein Gegenüber ein Kollege sein könnte, den er noch nicht kennengelernt hat. In der Auseinandersetzung mit solchen unbewussten, aber auch bewussten Annahmen können wir verstehen, mit welcher Brille wir jemanden sehen und wie das unser Denken und Verhalten beeinflusst – und was das bei Mitmenschen auslösen kann. Ebenso wie Einzelpersonen können sich auch Institutionen selbst reflektieren und kritisch analysieren, wie ihre Strukturen aufgebaut sind. Öffentliche Verwaltungen können hier den Blick nach innen und nach außen richten. Intern lohnt es sich zu hinterfragen, welche Bevölkerungsgruppen in der Mitarbeiter:innenschaft vertreten sind, wie es um die interkulturellen Kompetenzen, z. B. Mehrsprachigkeit und Kultursensibilität der Mitarbeiter:innen, bestellt ist oder wie sich die interne Kommunikation darstellt. Hier kann die Verwaltung beispielsweise fragen, warum es wenige bis keine Bewerbungen von Menschen mit sogenanntem „Migrationshintergrund“ gibt oder warum Mitarbeiter:innen mit sichtbarer Einwanderungsgeschichte seltener befördert werden, öfters befristet beschäftigt sind oder unterhalb ihrer Qualifikationsstufe arbeiten. Aus dieser Reflexion heraus kann eine diversitätsorientierte Organisationsentwicklung und damit die weltoffene Haltung der Verwaltung gefördert werden. Darüber hinaus sollte die Verwaltung auch betrachten, wie ihre Kommunikation nach außen, in die Stadtgesellschaft hinein und im Kontakt mit Bürger:innen und Einwohner:innen gestaltet ist. Manche Formulierungen, Bilder oder Kanäle können ausschließen oder – wenn auch unbeabsichtigt – diskriminieren. Daher ist auch hier die Reflexion der erste Schritt zur weltoffenen Haltung. Damit ist der Begriff Weltoffenheit auch anschlussfähig an den Begriff der „offenen Gesellschaft“ (Karl Popper). Nach Popper zeichnen sich offene Gesellschaften durch einen Meinungs austausch aus,

der auch kulturelle Veränderungen ermöglicht. Damit grenzt sich die offene Gesellschaft deutlich von ideologisch festgelegten, geschlossenen Gesellschaften ab.

Offener und wertschätzender Umgang

Zweitens gehört zu einer weltoffenen Haltung der respektvolle und wertschätzende Umgang miteinander. Das bedeutet, offen aufeinander zugehen, Lernbereitschaft mitbringen, aber auch sensibel sein für die Bedürfnisse und Interessen des Gegenübers. In einer diversen Gesellschaft treffen immer wieder verschiedene Ansichten, Kulturen und Religionen aufeinander. Die weltoffene Haltung beinhaltet das Ziel, diese Ansichten und Kulturen, die sich von der eigenen unterscheiden, zu verstehen und zu lernen, wie sie sich zueinander verhalten können. Auch das lässt sich an einem konkreten Beispiel veranschaulichen: Eine Verwaltungsmitarbeiterin mit internationaler Geschichte und Kenntnissen aus den Verwaltungsabläufen ihres Herkunftslands bringt einen Vorschlag zur Abwandlung eines Arbeitsprozesses. Sie hat gute Erfahrungen mit diesem Vorgehen gemacht und erläutert die Möglichkeit der Effizienzsteigerung. Ihr Amtsleiter nimmt die Idee auf, fragt nach den einzelnen Prozessschritten, aber auch, wie es ihr und ihren Kolleg:innen im Arbeitsalltag damit ging. Schließlich prüft er, inwiefern diese Abläufe sich in der hiesigen Verwaltungsordnung umsetzen lassen, und findet gemeinsam mit seiner Kollegin einen guten Weg, den neuen Arbeitsprozess zu etablieren. Sein offenes und wertschätzendes Vorgehen zeigt sich hier im Nachfragen und Verstehenwollen. Und schließlich führt der Austausch von Erfahrung hier zu einer Verbesserung der Zusammenarbeit. Daraus entsteht eine diverse Gesellschaft, die unser Leben bereichert. Das fängt an bei kulinarischen Einflüssen, geht weiter über Literatur, Tanz und Musik, bringt Innovationen für die Wirtschaft und neue Perspektiven in die Politik.

Gleiche Teilhabemöglichkeiten

Schließlich beinhaltet der Begriff Weltoffenheit die Einstellung, dass alle Menschen gleichermaßen an unserer Gesellschaft teilhaben können. Das bedeutet, dass alle Mitglieder der Gesellschaft die gleichen Teilhabechancen haben, also dass sie sich in die Mitgestaltung ihrer Stadt einbringen können, den gleichen Zugang zu Wohnraum und Gesundheit und ebenso wie alle anderen Zugang zu Arbeitsplätzen und politischen Ämtern haben. Damit dies möglich wird, müssen Strukturen aufgebrochen und verbindlich weiterentwickelt werden. In einer weltoffenen Kommune wird gemeinsam an diesem Ziel gearbeitet: In Austauschreihen, in Seminaren und Workshops entwickeln die verschiedenen Mitglieder der Kommune eine weltoffene Haltung, setzen diese in ihrem Arbeitsalltag oder in ihrem Dasein als Einwohner:innen und Bürger:innen um. So entsteht, was Prof. Dr. Erol Yildiz als die „weltoffene Stadt“ bezeichnet. Er schreibt: „Urbane Orte ‚öffnen sich zur Welt‘, wandeln sich zu vielfältigen Zentren für unterschiedliche Traditionen, Kulturen und Erfahrungen. Und dies wesentlich unter dem Einfluss von Migration.“ (Erol Yildiz. Die weltoffene Stadt: Wie Migration Globalisierung zum urbanen Alltag macht. Kultur und soziale Praxis. Bielefeld 2013.) Mit unserem Projekt WELTOFFENE KOMMUNE möchten wir hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten, indem wir einen Prozess gestalten, der wirkungsorientiert, transparent und messbar ist. Es braucht eine gemeinsame wertebasierte Haltung und eine gemeinsame Herangehensweise, damit „Weltoffenheit“ sich in konkrete Veränderungen übersetzt.

Fazit

Das weltoffene Miteinander im persönlichen Kontakt oder als Haltung einer ganzen Kommune fördert somit das gute Zusammenleben aller. Diese Haltung, die sich in den Institutionen widerspiegelt, setzt gleichzeitig ein Zeichen pro Vielfalt und gegen Diskriminierung, Rassismus und Rechtsextremismus. Mit der vom Modellprojekt gefassten

Definition zeigt sich Weltoffenheit als ein zentrales Element demokratischer Gesellschaften: Hier steht das gemeinsame Gestalten im Fokus, wo nicht die Herkunft oder Nationalität der beteiligten Personen entscheidend sind, sondern das Ziel des guten Zusammenlebens. Nicht Herkunft zählt, sondern es kommt vielmehr auf die Grundsätze und das Gleichheitsgebot unserer Verfassung an.

Dessau-Roßlau nimmt am Modellprojekt für Weltoffenheit und Vielfalt teil

Dessau-Roßlau und 34 andere Modellkommunen in Deutschland stellen sich 2020/2021 mit dem Projekt WELTOFFENE KOMMUNE neu auf und positionieren sich pro Vielfalt.

Das Modellprojekt WELTOFFENE KOMMUNE von PHINEO und der Bertelsmann Stiftung, gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Annette Widmann-Mauz, unterstützt bundesweit 35 Modellkommunen dabei, eine **Selbsteinschätzung** ihrer Integrations- und Vielfaltsarbeit vorzunehmen und sich als WELTOFFENE KOMMUNE zu positionieren und weiterzuentwickeln.

Das Modellprojekt baut auf drei Projektssäulen. Anhand von Selbstchecks können erstens die Kommunen eine Standortbestimmung ihrer bisherigen Integrationsarbeit vornehmen. Mit offenen Dialogformaten werden zweitens die Bürger:innen in die Gestaltung von Weltoffenheit vor Ort eingebunden.

Der Einsatz für Weltoffenheit ist immer häufiger aber verbunden mit Anfeindungen. Das Projekt stellt daher in seiner dritten Projektssäule auch **Angebote zur Unterstützung für Bürgermeister:innen, Dezernent:innen und Landrät:innen** im Umgang mit Rassismus und Rechtsextremismus zur Verfügung.

Für den Wissenstransfer wurde die Wissensplattform www.weltoffene-kommune.de aufgebaut.

In den neuen Bundesländern sind neun Städte und Kreise im Modellprojekt WELTOFFENE KOMMUNE dabei, darunter Dessau-Roßlau mit seiner wechselvollen Geschichte.

Dessau-Roßlau – in der Tradition von Licht und Schatten

Weltoffenheit hat in Dessau-Roßlau eine lange Tradition. Die Geschichte der drittgrößten Stadt in Sachsen-Anhalt ist eng verbunden mit Reformation und Aufklärung, auch die Kunstschule Bauhaus ist hier zu Hause. Heute leben Menschen aus über 130 Nationen in Dessau-Roßlau. Syrische, chinesische, polnische und viele weitere Communities ebenso wie internationale Studierende prägen das Bild der Stadt. Gleichzeitig ist Dessau-Roßlau von Fachkräftemangel und einer zurückgehenden sowie älter werdenden Bevölkerungsentwicklung gezeichnet. Als Modellkommune des bundesweiten Projektes WELTOFFENE KOMMUNE versucht Dessau-Roßlau, die Chancen von Zuwanderung für die Stadt aufzuzeigen und zu nutzen. Die Stadtverwaltung möchte, dass die Stadt für bereits hier lebende und zuziehende Bewohner:innen und im Besonderen internationale Studierende sowie andere Migrantengruppen unter Berücksichtigung ihrer vielfältigen Lebenssituation attraktiver wird.

Eine schwere Bürde für Dessau-Roßlau sind der rechtsextremistisch motivierte Mord an dem Mosambikaner Alberto Adriano (im Jahr 2000) und der gewaltsame Tod Oury Jallohs im Jahr 2005. Dieser offiziell nicht aufgeklärte Fall, bei dem der aus Sierra Leone stammende in Deutschland geduldet lebende Oury Jalloh in Gewahrsam des Polizeireviers Dessau-Roßlau zu Tode kam, prangt wie eine Narbe im Bewusstsein der Menschen und wird bis heute eng mit der Geschichte der Stadt verbunden.

Herausforderung demographischer Wandel – Mission Zukunft

Wie viele Kommunen in Ostdeutschland sieht sich auch Dessau-Roßlau durch den demographischen Wandel herausgefordert. Geprägt ist die Stadt von einem Bevölkerungsrückgang (2011 bis 2019 um 6,3 Prozent) sowie einer älter werdenden Bevölkerung. So sind rund zehn Prozent der Einwohner:innen über 80 Jahre alt, der Anteil der 65- bis 79-Jährigen liegt bei 21,5 Prozent der Bevölkerung (Quelle: www.wegweiser-kommune.de). Vor allem die jungen Menschen im Alter zwischen 18 und 33 Jahren verlassen die Stadt. Mit dieser Entwicklung geht der perspektivische Mangel an Fachkräften einher. Daher hat sich die Stadt Dessau-Roßlau, vor allem das Integrationsbüro der Stadt, zum Ziel gesetzt, dem demographischen und strukturellen Wandel entgegenzuwirken und die Stadtgesellschaft Richtung Zukunft weiterzuentwickeln: Dessau-Roßlau soll attraktiver werden, auch für potenzielle Fachkräfte aus dem In- und Ausland.

Chance Weltoffenheit

Daher nutzt nun die Stadt Dessau-Roßlau die Gelegenheit, sich mit dem Modellprojekt WELTOFFENE KOMMUNE deutlich pro Weltoffenheit zu positionieren sowie ihre eigenen Abläufe kritisch zu hinterfragen.

Am Anfang stand die Selbsteinschätzung: Wo steht Dessau-Roßlau auf dem Weg zur Weltoffenheit? Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft arbeiteten hierzu in einem gemeinsamen, akteursübergreifenden Selbstcheckworkshop, dem die Bearbeitung von 108 Fragen durch die Verwaltung vorausging. Im Rahmen dieses Workshops wurde an strategischen Zielen und Maßnahmen gearbeitet. Vereinbart wurde die Weiterarbeit an den Schwerpunktthemen „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung“ und „Stärkung des Ehrenamts vor Ort“. Übersetzt kann man sagen: Die Verwaltung soll für Vielfalt fit gemacht werden.

Dabei gilt es, konkrete Fragen zu beantworten: Wie sollen die kommunalen Ämter künftig mit Kund:innen aus verschiedenen Herkunftsländern umgehen? Wie können verschiedene Zielgruppen besser erreicht werden? Vielleicht mit mehrsprachiger oder persönlicher Ansprache? Wie kann die Verwaltung selbst vielfältiger – und in nicht zu ferner Zukunft – ein Spiegelbild der Gesellschaft werden?

Die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements unter einem vielfaltssensiblen Blick sowie möglicher Barrieren führte im Rahmen der **Dialogveranstaltung** mit zahlreichen Bürger:innen und Institutionen des Projektes zu einem Stadtrat Beschluss zur Entwicklung einer Ehrenamt Strategie und weiteren konkreten Maßnahmen.

Weiterhin wurde eine **Partnerschaft** zwischen der Stadt Dessau-Roßlau, der Hochschule Anhalt, dem Umweltbundesamt und dem IQ-Netzwerk mit dem Ziel vereinbart, die **Strategie** „Dessau-Roßlau lebt Weltoffenheit und Vielfalt“ zu erarbeiten und mit externer Begleitung umzusetzen. Dessau-Roßlau will mit positiven Rahmenbedingungen sowie einer weltoffenen und vielfaltssensiblen Haltung die Bleibe- und Zuzugsperspektiven der Bürger:innen befördern, um Fachkräftemangel und Einwohnerrückgang entgegenzutreten sowie die eigene Attraktivität zu steigern. Mit Unterstützung einer diversitätsorientierten Prozessbegleitung arbeiten die drei Verwaltungen aktiv an der Umsetzung einer Strategie zur Weltoffenheits- und Vielfaltsstärkung am Standort Dessau-Roßlau zusammen. Durch die verstärkte Kooperation im Bereich der Personalentwicklung sowie in gemeinsamen Schulungsangeboten für die Mitarbeitenden der Verwaltungen, möchten sich die Institutionen als arbeitgebende sowie dienstleistende Institutionen weiterentwickeln. Mit dem gewonnenen Wissen aus dem mehrjährigen Veränderungsprozess sollen gezielt Angebote für regionale Unternehmen bereitgestellt werden, um diese im Bereich des Diversitymanagements zu unterstützen

Weltoffenheit und Vielfalt sind wichtige Standortvorteile

Eine Strategie hin zu mehr Weltoffenheit und Vielfalt ist für die Stadt Dessau-Roßlau wichtig, um das Zusammenleben vor Ort positiv zu gestalten und um für junge Fachkräfte attraktiv zu sein. Dazu gehört, dass die Hochschulabsolvent:innen eine Perspektive in der Region haben. Dadurch kann – in Anknüpfung an die Bauhaus-Tradition – Innovation entstehen und Dessau-Roßlau zu einem attraktiven Standort in Sachsen-Anhalt mit vielen Wettbewerbsvorteilen werden.

Dessau-Roßlau ist nicht das einzige ermutigende Beispiel in den neuen Bundesländern. Zwickau oder der Landkreis Nordhausen haben sich ebenfalls vorgenommen, ihre Kommune attraktiver und weltoffener zu machen, um so den Fachkräftebedarf abzufedern. Auch die anderen sechs ostdeutschen Kommunen haben sich mit dem Modellprojekt mutig pro Weltoffenheit und Vielfalt positioniert.

Fazit

Die Erfahrungen aus dem Modellprojekt WELTOFFENE KOMMUNE verdeutlichen die Aktualität und Wichtigkeit von nachhaltig erfolgreicher Integrations- und Vielfaltspolitik. Ob die Bildungsbenachteiligung von geflüchteten Schüler:innen, der Umgang mit alltäglichem Rassismus und Diskriminierung oder der Wille, Haltung zu zeigen gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus: Das größte Handlungspotenzial liegt bei den Kommunen. Viele von ihnen haben sich das Ziel gesetzt, ein Zusammenleben in Vielfalt für alle Beteiligten zu gestalten, und haben sich bereits auf den Weg von Integration zu Weltoffenheit gemacht.

Mission

„Analysen und Konzepte“ ist eine Publikationsreihe aus dem Programm „LebensWerte Kommune“. Das Programm widmet sich den drei großen gesellschaftlichen Herausforderungen auf kommunaler Ebene: dem demographischen Wandel in seinen Ausprägungen und Auswirkungen auf alle Politikfelder, der zunehmenden sozialen Spaltung, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, sowie der Haushaltskrise, die sich regional vertieft und kommunales Agieren behindert. „Analysen und Konzepte“ soll Ergebnisse der Stiftungsarbeit zu diesen Themen praxisgerecht vermitteln und den Entscheidungsträger:innen relevante Informationen zur Verfügung stellen.

Die Bertelsmann Stiftung engagiert sich in der Tradition ihres Gründers Reinhard Mohn für das Gemeinwohl. Sie versteht sich als Förderin des gesellschaftlichen Wandels und unterstützt das Ziel einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Die Bertelsmann Stiftung tritt ein für die Stärkung kommunaler Selbstverwaltung, da auf kommunaler Ebene gesellschaftlichen Herausforderungen am wirkungsvollsten begegnet werden kann. Die Stiftung ist unabhängig und parteipolitisch neutral.

Ausblick

Nr. 1 | 2022

Digitale Landpioniere

In der Initiative „Digitale Landpioniere“ bündelt das Projekt „Smart Country“ der Bertelsmann Stiftung die Erfahrungen engagierter Menschen und Institutionen, die den ländlichen Raum voranbringen und dabei die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen. Es gibt an vielen Orten in Deutschland kreative Menschen, die anpacken und ihre Nachbarschaft sowie ihr Umfeld im Sinne des Gemeinwohls gestalten. Sie sind Pioniere, indem sie Möglichkeitsräume erkennen und nutzen. Die Initiative bringt digitale Landpioniere zusammen und umfasst Vertreter:innen der Zivilgesellschaft ebenso wie Bürgermeister:innen, Wirtschaftsförder:innen, Projektmanager:innen und Wissenschaftler:innen. Gemeinsam erarbeiten wir Empfehlungen für die Politik und Verwaltung und möchten damit die gesellschaftlichen Debatten um die Zukunft des ländlichen Raums bereichern.

Wegweiser Kommune



36,3 Prozent

der Kinder in den Kitas in Berlin haben einen sogenannten Migrationshintergrund (2019). Der Indikator „Kinder mit Migrationshintergrund in Tageseinrichtungen“ zeigt, dass etwa 1/3 der Kinder in Berlin aus Einwanderungsfamilien kommt. Der Anteil von Menschen mit internationaler Biographie ist regional sehr unterschiedlich. So differenziert auch dieser Indikator. Beispielsweise ist er in Frankfurt a. M. (Hessen) mit 63,1 Prozent etwa 10 mal so hoch wie in Malchow (Mecklenburg Vorpommern) mit 6,2 Prozent. Wie hoch ist der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in Tageseinrichtung in Ihrer Kommune? Schauen Sie nach im www.wegweiser-kommune.de.

Impressum

Bertelsmann Stiftung 2021

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich

Claudia Walther, Dr. Tobias Bürger

Autorinnen

Anne Droste, Annalena Rehkämper
und Claudia Walther

Korrektur

Rudolf Jan Gajdacz, München

Grafikdesign

Nicole Meyerholz, Bielefeld

Bildnachweise

Seite 1 Jan Tinneberg/Unsplash – Unsplash
License, <https://unsplash.com/license>
Seite 9 @ privat

Der **Text** und die **Grafiken** dieser Publikation sind lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC BY 4.0) Lizenz. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>, **davon ausgenommen** sind das **Titelbild** und das **Bild auf Seite 9**.



Empfohlene Zitierweise: Bertelsmann Stiftung (2021). Von Integration zur Weltoffenheit. Herausforderungen und Handlungsansätze in Kommunen. Gütersloh.

BSt ID-1312
ISSN 2199-7969
DOI 10.11586/2021120

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Claudia Walther
Senior Project Manager
Programm LebensWerte Kommune
Telefon +49 5241 81-81360
claudia.walther@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Tobias Bürger
Project Manager
Programm LebensWerte Kommune
Telefon +49 5241 81-81832
tobias.buerger@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de